

soli aktuell



ÖFFENTLICHER DIENST



Mehr Flocken für Flocke – die ver.di Jugend im Streik. Mehr auf Seite 7

Foto: ver.di Jugend

INHALT

3 *projekte*

BJA: Die wichtigsten Beschlüsse

4 *ausbildung + beruf*

AEVO: Gute Chance auf Wiedereinführung

Wehrdienst: Schikane geplant

Böckler-Aktion Bildung: Stipendien unterstützen arme Talente

5 *thema*

Blickwinkel Rentabilität: Die duale Ausbildung

6 *azubi-ratgeber*

Pflichten des Azubis: Das Verhalten am Ausbildungsplatz I

7 *bezirke + gewerkschaften*

Mit Flocke: ver.di Jugend im Streik
Leihmutter werden? Hamburger protestieren gegen Studiengebühren

Ausbildungsbonus begrenzen

Nach Meinung der DGB-Jugend sollen nur besonders benachteiligte Jugendliche gefördert werden. Von René Rudolf

Laut Beschluss der Bundesregierung vom 20. Februar 2008 soll ein Bonus in Höhe von bis zu 6.000 Euro diejenigen Unternehmen belohnen, die – zusätzlich zu ihrem bisherigen Ausbildungsengagement – einem Altbewerber mit höchstens einem schwachen Realschulabschluss eine Ausbildung ermöglichen.

Und das ist gut so: Der Bonus sollte ursprünglich für alle Bewerber gelten, die mindestens seit zwei Jahren einen Ausbildungsplatz suchen, maximal Realschulabschluss haben, lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt sind. Rund 330.000 Jugendliche – etwa 45 Prozent aller BewerberInnen – wären bei diesen Auswahlkriterien zu potenziellen Förderfällen geworden.

Nach vehementer Kritik der Gewerkschaften fasst nun das Bundeskabinett die

Voraussetzungen für die Bonusvergabe etwas enger als ursprünglich geplant. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht demnach für Altbewerber, die einen Realschulabschluss mit einer Abschlussnote in den Fächern Deutsch oder Mathematik von ausreichend oder schlechter *oder* höchstens einen Hauptschulabschluss haben *oder* von der Arbeitsagentur als lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt eingestuft sind.

Als Ermessensleistung der Arbeitsagenturen können allerdings Unternehmen weiterhin einen Bonus erhalten, wenn sie Altbewerber einstellen, die bereits seit mehr als zwei Jahren einen Ausbildungsplatz suchen oder die – bei einem höchstens mittleren Schulabschluss – länger als ein Jahr auf der Suche sind.

Diese Aufteilung in Pflicht- und Ermessensleistung trägt nicht dazu bei, den Kreis der Geförderten einzugrenzen. Offenbar geht die Bundesregierung selbst nicht davon aus, mit dem aktuellen Gesetzentwurf eine stärkere Einschränkung zu erreichen,

wie ihre gleichbleibenden Schätzungen für die Kosten des Ausbildungsbonus belegen. Nicht zu akzeptieren ist außerdem, dass der Bonus unverändert aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden soll – wir erwarten, dass sich grundsätzlich alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen entweder an der Ausbildung oder an den Ausbildungskosten beteiligen. Das bedeutet: Alle Betriebe sollen zur Finanzierung der Gesamt-Ausbildungskosten herangezogen werden.

Die DGB-Jugend fordert daher den Bundestag auf, die Zielgruppe für den Ausbildungsbonus unbedingt weiter einzugrenzen: auf AltbewerberInnen, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen *und* bereits seit mehr als einem Jahr vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen *und* individuell benachteiligt sind.

Nur so können die Berufsberatungs- und Vermittlungsteams in den Arbeitsagenturen gezielt die Jugendlichen erreichen, die bisher überhaupt keine Chance auf eine betriebliche Ausbildung haben. Und nur so kann verhindert werden, dass den Unternehmen ohne große Umstände öffentliche Finanzmittel für zusätzliche reguläre Ausbildungsplätze in die Kasse gespült werden. **[5]**

Auszeichnung

DGB-Jugend unterstützt Preis ■ Es gibt einen neuen Preis in Deutschland: Den »Chancetod des Jahres«. Verliehen wird er im Juli 2008 vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs).

Den Preis verdienen sich Personen oder Organisationen, die sich in Theorie, Praxis und Ideologie um die Aufrechterhaltung der extremen Chancungleichheit im deutschen Bildungssystem und die Beseitigung der geringen Reste seiner sozialen Durchlässigkeit verdient gemacht haben. Die Aktion zur Bildungszunft wird von der DGB-Jugend unterstützt.

Vorschläge per E-Mail an: chancetod@studis.de,
Infos: www.chancetod-des-jahres.de

Achter Blickwinkel

Girls' Day ■ Zum achten Mal findet am 24. April 2008 der Girls' Day statt. Schülerinnen ab der fünften Klasse verlassen an diesem Tag die Schule und folgen Einladungen von Firmen und Behörden, um die Arbeitswelt mal in echt zu erleben. Sie können sich umsehen in zukunftsorientierten Berufen, in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen.

Mit dem Aktionstag zur Mädchenzukunft, an dem sich auch die DGB-Jugend beteiligt, haben bereits 650.000 Mädchen Berufe entdecken können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind.

www.girls-day.de

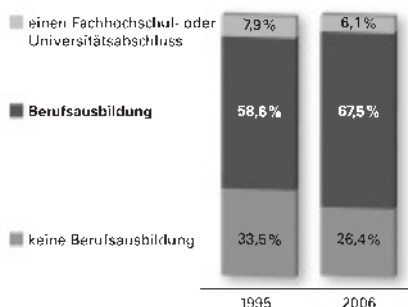
Lizenz zum Auswandern

Grafierend: Niedriglohn ■ Auch eine Ausbildung bietet immer weniger Schutz vor schlechten Löhnen: Nach aktuellen Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung werden nicht nur Geringqualifizierte, sondern auch immer mehr Menschen mit einer Berufsausbildung schlecht bezahlt.

www.boeckler.de

Ausbildung bietet weniger Schutz

Von allen Beschäftigten mit Niedriglohn hatten ...



Mehr Wert

Gleichstellung ■ Unter dem Motto »Ich bin mehr wert« hat der DGB seine Kampagne für gleiche Einkommen von Frauen und Männern gestartet. Hintergrund: Die »Mehrwertsteuer«, die Frauen bezahlen, liegt in Deutschland im Durchschnitt bei 22% – so viel verdienen sie weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit. Kaum ein EU-Land weist so große Einkommensunterschiede auf!

www.dgb-frauen.de

Edvance gestartet

Neues Regierungsprogramm ■ Die Bundesregierung hat im Februar 2008 die Initiative »Edvance« gestartet. Ziel: »das vielfältige Angebot deutscher Anbieter von Aus- und Weiterbildung international noch bekannter zu machen«. Das deutsche Berufsbildungssystem gelte international als vorbildlich – »sorgt es doch mit seiner engen Verknüpfung von praxisnaher Ausbildung in den Betrieben und qualitativ hochwertiger Ausbildung in Berufsschulen dafür, dass 90% der Auszubildenden direkt nach ihrer Lehre einen Job erhalten«, wie es aus Regierungskreisen verlautet. Auf diese Weise gebe es »auch genügend gut ausgebildete Fachkräfte«, die die Wirtschaft dringend brauche.

www.edvance-net.de

Ausbildung Ost

BIBB empfiehlt ■ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat empfohlen, die Ausbildungsprogramme Ost zu verbessern. Die Übernahme der ProgrammteilnehmerInnen in betriebliche Ausbildungsverhältnisse sollte offensiver verfolgt werden, die sehr niedrigen Ausbildungsvergütungen auf das Niveau der Vergütungssätze für die außerbetriebliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher nach SGB II angehoben werden.

Mehr Vorschläge: www.bibb.de/de/31598.htm

Sünde boomt

Gläubige Jugendliche ■ Jugendliche orientieren sich im Alltag stärker an ethischen Prinzipien als bislang angenommen. Das geht aus einer Befragung von 8.000 konfessionell gebundenen BerufsschülerInnen im Auftrag der katholischen und evangelischen Kirche hervor. Der Begriff der Sünde spiele für die meisten jungen Leute eine große Rolle: Dazu gehörten vor allem Fremdgehen oder Vertrauensmissbrauch. Die Mehrheit der Befragten will die eigenen Kinder zu Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft und Liebe erziehen.

Andreas Feige, Carsten Gennerich: *Lebensorientierungen Jugendlicher*, Waxmann, Münster 2008, 24,90 Euro

Qualitätsmängel

Gebühren machen unzufriedener ■ Das Hochschulinformationssystem wollte von 22.000 Studierenden an 150 Hochschulen wissen, wie sie das Thema Studiengebühren einschätzen. Ergebnis: Vier von fünf Studis können keine Verbesserung, allenfalls eine Verschlechterung der Studienqualität erkennen. Lehramtsstudierende sind mit Abstand am wenigsten zufrieden – sei es mit der Ausstattung der Räume, dem Engagement der Lehrenden, dem Praxisbezug der Ausbildung oder der Organisation der Lehre.

Der Vergleich von zahlenden und noch nichtzahlenden Studierenden ergab: Wer zahlt, ist unzufriedener.

www.his.de

Gesunken

Schülerzahl ■ Im laufenden Schuljahr drücken 9.198.900 Jungen und Mädchen die Schulbank. Das sind 1,7% weniger als im Schuljahr 2006/2007.

www.destatis.de

Gestiegen

Akademikerzahl ■ Die Zahl der Beschäftigten mit Diplom oder Dokortitel hat im vergangenen Jahrzehnt deutlich zugelegt. Im Jahr 2005 waren 16,5% aller Angestellten und Selbstständigen – umgerechnet sechs Mio. Menschen – akademisch ausgebildet; zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei 13,3%.

www.destatis.de

Richtig gestiegen

Vorstandsgehälter ■ Die Vorstände in deutschen Unternehmen haben 2006/2007 deutlich mehr verdient: Die Bezüge stiegen im Durchschnitt um 17,5%. (Management-Beratung Kienbaum). Während die Bezüge für Top-Manager in Dax-Unternehmen um durchschnittlich 23,3% wuchsen, zahlten nicht-börsennotierte Gesellschaften ihren Vorständen 12,6% mehr. Bei den Vorstandsbezügen in Aktiengesellschaften reicht die Spanne bis zu mehr als sieben Mio. Euro.

Leute

Annika Woersdörfer, 30, ist neue Bezirksjugendsekretärin der DGB-Jugend in Baden-Württemberg.



A. Woersdörfer

Eric Leiderer, 35, wird am 1. April 2008 neuer Bundesjugendsekretär der IG Metall. Vorgänger **Michael Faisst**, 35, geht in die IG Metall-Abteilung Mitglieder und Kampagnen.



E. Leiderer

Neue Konzepte

Am 11. und 12. März 2008 hat der DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) in Berlin getagt. Die wichtigsten Themen und Beschlüsse.

Neuorientierung der Berufsschularbeit

Die Berufsschularbeit wird als Schwerpunkt der Vorfeldarbeit in allen DGB-Bezirken und Landesbezirken gefestigt und ausgebaut. Hierzu hat der BJA das neue Konzept beschlossen. Dies wurde unter Beteiligung der Gewerkschaften und der DGB-Bezirke in einer eigens dafür eingerichteten Projektgruppe erarbeitet. Ziel der Projektgruppe war es, die unterschiedlichen Konzepte der Berufsschularbeit zu analysieren, gemeinsame Abstimmungsstrukturen zu entwickeln und Verantwortlichkeiten klar zu definieren.

Als Hauptziele von Berufsschularbeit wurden die politische Bildung und die Jugendmitgliedergewinnung im direkten Zusammenspiel definiert. Die Projektgruppe arbeitete unter der Maßgabe, sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen zu berücksichtigen.

Mit der Neuorientierung der Berufsschularbeit wird es ein einheitliches Erscheinungsbild geben. Die Berufsschularbeit wird zukünftig unter dem Motto »gemeinsam gewinnen« nach außen und innen wirken. Das Gestaltungs- und Ausstattungskonzept wird bis Mai 2008 endgültig erarbeitet.

Der Bedarf an Material wird im Rahmen des Koordinierungskreises Berufsschularbeit abgesprochen und gebündelt. Die gemeinsame Internetpräsenz www.berufsschultour.de wird weiterentwickelt: Schwerpunkte müssen zielgruppenspezifische und zielgenaue Informationen und Materialien für LehrerInnen und Aktive sein.

Im Vorfeld der Berufsschultouren wollen sich DGB-Jugend und Mitgliedsgewerkschaften zukünftige klarer darüber verständigen, welche inhaltlichen Schwerpunktthemen oder Kampagnen in den Berufsschultouren eingebunden werden sollen und wie die bezirkliche und regionale Umsetzung unterstützt werden kann.

Um die Aktualität und bundesweit einheitliche Qualität der Bildungsangebote zu gewährleisten, findet eine kontinuierliche Konzeptüberprüfung statt.

Termine: 6. Mai 2008: Konstitution des Koordinierungskreises Berufsschule. 30./

31. Mai 2008: bundesweite Auftaktveranstaltung mit allen Aktiven. Juli 2008: Fertigstellung aller Materialien.

Zielgruppenstudie »Jugend und Zukunft«

Was bewegt junge Menschen? Um wertvolle Erkenntnisse über die ökonomische Situation und die Themen und Interessen der gesamten Generation unter 30 zu erhalten, gibt die DGB-Jugend auf der Basis von IG Metall- und ver.di-Daten die Zielgruppenstudie »Jugendmilieus in Deutschland« in Auftrag.

Sie soll die bisher gewonnenen Ergebnisse quantitativ überprüfen und darüber hinaus Erkenntnisse zu folgenden Punkten liefern: Was sind die politisch und gesellschaftlich relevanten Themen für diese Generation? Welche konkreten Forderungen an Politik, Wirtschaft, Arbeitgeber und Gewerkschaften hat sie? Gibt es grundlegende Wertorientierungen – und welche Medien benutzt sie bevorzugt?

Die DGB-Jugend will wissen, wie sich diese Generation selbst einschätzt, aus welchen sozialen Gruppen sie besteht – und nicht zuletzt: welche gewerkschaftspolitischen Mobilisierungspotenziale sich hier finden. Die Idee: Die gewerkschaftliche Arbeit und Ansprache Jugendlicher stärker an den Bedürfnissen der Zielgruppen zu orientieren. Auf Grundlage der Studienergebnisse werden konkrete Handlungsoptionen und Ansprachekonzepte für die einzelnen Gewerkschaften entwickelt.

Termin: Im Dezember 2008 wird die Studie erscheinen.

Europäisches Sozialforum

Die DGB-Jugend wird sich in Kooperation mit der IG Metall-Jugend maßgeblich am diesjährigen Europäischen Sozialforum (ESF), das vom 17. bis 21. September 2008 in Malmö stattfindet, beteiligen. Es werden ca. 300 junge KollegInnen aus Deutschland erwartet.

Worum geht's in Malmö? Die DGB-Jugend strebt mit ihrem Engagement beim ESF eine soziale, ökologische und demokratische Gestaltung der Globalisierung an – und will sich mit anderen Gewerkschaftsjugendenden international vernetzen. Jüngere KollegInnen sollen Interesse an »sperrigen« Themen wie europäische Beschäftigungs-

oder Bildungspolitik und Alternativen entwickeln.

Die Aktivitäten der DGB-Jugend werden vom DGB-Jugend-Arbeitskreis Internationales koordiniert, in dem sowohl Haupt- als auch Ehrenamtliche aktiv sind und ein Großteil der Gewerkschaften repräsentiert ist.

Geplant: mehrere Workshops, die speziell die Perspektive junger Menschen aufgreifen und die auch vom »Niveau« her junge Menschen ansprechen.

Zu den Workshops hat bereits ein erstes Treffen vom 8. bis 10. Februar 2008 in Hustedt bei Celle stattgefunden, zu dem auch KollegInnen aus anderen europäischen Ländern eingeladen wurden.

Dabei haben sich sechs Arbeitsgruppen gebildet, die die unterschiedlichen Workshops vorbereiten. Die Themen sind: Globales Organising, Flexicurity, Bildung, Arbeitsrecht und Migration, Geopolitische Strategie der EU und Medien.

Für die weitere Ausarbeitung der Workshops ist ein zweites internationales Treffen Ende Mai 2008 in Hattingen geplant.

Die DGB-Jugend bemüht sich momentan darum, dass beim ESF ein eigener Jugendbereich (»Jugenddorf«) eingerichtet wird, in dem Jugendorganisationen und -verbände ihre Veranstaltungen anbieten. Zurzeit steht sie mit dieser Zielsetzung in Gesprächen mit anderen Verbänden und dem »Nordic Organising Committee«, das für die Logistik vor Ort verantwortlich ist.

Auch die EGB-Jugend ist am Start: Bei der nächsten Sitzung des EGB-Jugendkomitees am 8. April 2008 in Brüssel steht das ESF auf der Tagesordnung.

Termine: 30. Mai bis 1. Juni 2008: Vorbereitungstreffen der Gewerkschaftsjugend für das ESF in Hattingen. 14. bis 17. September 2008: Internationale Gewerkschaftsjugendkonferenz auf Einladung der IG Metall-Jugend in Backagården nahe Malmö.

Bundesjugendkonferenz 2009

Die DGB-Bundesjugendkonferenz wird vom 5. bis 7. November 2009 in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Zukunftscamps 08

Der BJA hat seinen ablehnenden Beschluss zur weiteren Durchführung von Zukunftscamps im Rahmen der Vorfeldarbeit und Berufsorientierung bekräftigt. [S](#)

Worum geht's in Malmö? Die DGB-Jugend strebt mit ihrem Engagement beim ESF...

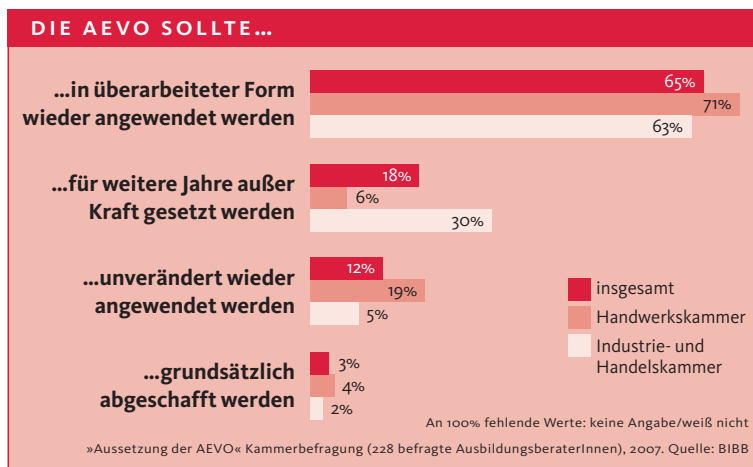
...eine soziale, ökologische und demokratische Gestaltung der Globalisierung an.

Inhaltliche Anpassung

AEVO: Kommt die Wieder-einführung? Die Zeichen stehen gut.

Der Druck von Gewerkschaften und Zentralverband des deutschen Handwerks scheint erfolgreich gewesen zu sein: Das Bundesbildungsministerium hat entschieden, die Inhalte und den Rahmenstoffplan zur Ausbildereignungsverordnung (AEVO) zu überprüfen.

Nun soll zwar schnellstmöglich eine Änderungsverordnung zur AEVO erlassen werden, durch die die derzeitige Aussetzungsfrist verlängert wird. Die Befreiung von der Nachweispflicht soll für alle Auszubildende weitergelten, die vor dem 1. August 2009 beginnen. Dies bedeutet aber auch, dass ab Beginn des Ausbildungsjahres 2009/2010 wieder eine Prüfungsnachweispflicht bestehen wird.



Nur für Personen, die aufgrund der AEVO-Aussetzung derzeit ohne Prüfungsnachweis ausbilden, soll eine Bestandschutzregelung aufgenommen werden. Das heißt, dass dieser Personenkreis auch nach Wiedereinsetzung der Prüfungspflicht weiter ausbilden darf. Für einen Übergangszeitraum werden die AEVO-Regelung nach der bestehenden Verordnung und die neue AEVO-Prüfung nebeneinander bestehen.

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Wir begrüßen diese Ankündigungen. Es scheint, dass das Ministerium keine grundlegende Veränderung der AEVO plant, sondern lediglich moderate inhaltliche Anpassungen an die aktuelle Bedarfslage in den Ausbildungsbetrieben.« Unter Beteiligung der DGB-Jugend hat der DGB eine Arbeitsgruppe zum Thema AEVO eingerichtet.

Die AEVO war 2003 außer Kraft gesetzt worden. Eine Betriebsbefragung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Jahr 2007 hatte ergeben, dass durch die Aussetzung weniger Ausbildungsplätze geschaffen wurden als erhofft. Darüber hinaus bezeichneten auszubildende wie auch nichtauszubildende Betriebe eine gesetzliche Regelung der Auszubildereignung als wichtigen Beitrag, die Mindestqualifikation des Ausbildungspersonals zu sichern – und damit die Qualität der beruflichen Ausbildung. [\[5\]](#)

BÖCKLER-AKTION BILDUNG

Sozialer Ausgleich

Im deutschen Bildungssystem liegen große Potenziale brach, weil begabte junge Menschen aus ärmeren Familien auf ein Studium verzichten – obwohl sie die Schule mit guten oder sogar sehr guten Noten abgeschlossen haben.

Zahlreiche Beispiele dafür liefert eine aktuelle Analyse der Profile von Bewerberinnen und Bewerbern auf Stipendien, die die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) vergibt.

Mit der »Böckler-Aktion Bildung« baut die Stiftung ihre Studienförderung deshalb deutlich aus und verstärkt ihr Engagement für mehr soziale Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Ein wesentliches Kriterium für die Förderung ist die wirtschaftliche Lage: Das Familieneinkommen ist bei den Bewerbern so niedrig bemessen, dass ein vollständiger BAföG-Anspruch vorliegt. In einer ersten Runde hat die Stiftung kürzlich 201 zusätzliche Stipendiaten aufgenommen.

Interessierte können sich noch bis zum 30. April 2008 für ein Stipendium zum Wintersemester 2008/2009 bewerben. In den kommenden drei Jahren baut die Stiftung die Zahl ihrer Stipendien von bislang 1.600 auf mindestens 2.100 aus. [\[5\]](#)

www.boeckler.de/stipendium

Achtung Schikane

Wehrdienst: Die Bedingungen für Zurückstellungen sollen geändert werden.

Wird jetzt jeder gezogen, der in der Weiterbildung ist? Ein neuer Entwurf des Wehrrechtsänderungsgesetzes aus dem Verteidigungsministerium sieht vor, die seit Jahrzehnten bestehende Rückstellungspraxis bei der Wehrpflicht zu verändern. Danach sollen junge Männer ihre Ausbildung zum Fachwirt, Techniker oder Handwerksmeister für den Wehr- oder Zivildienst unterbrechen müssen. Dies gilt auch für eine Kombination aus betrieblicher Ausbildung und Studium, das so genannte duale Studium.

DGB-Jugend-Referent Marco Frank: »Derzeit zieht die Bundeswehr pro Jahrgang nur 60.000 von 120.000 potenziellen Rekruten ein. Im Jahr 2005 hatte das Kölner Verwaltungsgericht angesichts dieser Einberufungspraxis die Wehrgerechtigkeit angezweifelt.«

Zumeist seien 19- bis 20-Jährige zugunsten Älterer eingezogen worden. Das Gericht habe dabei eine Benachteiligung

der Jungen vermutet. Frank: »Daher will der Bund nun an die Älteren ran.«

Für Wehrpflichtige in diesen Ausbildungen gilt heute der Einberufungsschutz – wie für alle beruflichen Ausbildungen – ab rechtsverbindlicher Vereinbarung der Ausbildung. Zukünftig sollen sie sogar aus dem ersten Drittel dieser Ausbildung heraus einberufen werden können.

DGB und DGB-Jugend sprechen sich klar gegen diese Pläne aus. Die DGB-Vizevorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisierte Anfang März 2008:

»Das ist doch keine Politik aus einem Guss: Klagen über den Fachkräftemangel, Gas geben mit dem Ausbildungsbonus – und dann mit der Verschärfung der Wehrpflicht wieder auf die Bremse treten.«

Auch der Zentralverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag haben sich gegen die Pläne ausgesprochen. [\[5\]](#)

www.zentralstelle-kdv.de

Blickwinkel Rentabilität

Ansichten: Felix Rauner vom Bremer Institut für Technik und Bildung (ITB) sieht die duale Ausbildung auf dem Vormarsch und räumt mit Mythen auf.

Herr Rauner, Sie sagen, Azubis bringen richtig Geld. In Deutschland heißt es aber meist: Azubis kosten Geld. So steht es selbst im Bericht »Bildung in Deutschland« (2006) des Bundesministeriums für Bildung und der Kultusministerkonferenz. Dort ist zu lesen: »Die Bildungsausgaben unterscheiden sich für die einzelnen Bildungseinrichtungen erheblich. Am höchsten sind sie im dualen System. Hierfür wurde 2003 im Bundesdurchschnitt mit 10.800 Euro pro Teilnehmer bzw. Teilnehmerin fast doppelt so viel aufgewendet wie für die Ausbildung eines Studierenden an Fachhochschulen (5.400 Euro) und Universitäten ohne Humanmedizin (5.500 Euro).«

Das Gegenteil ist richtig! Das stützen alle mir bekannten Untersuchungen. Für die Mehrheit der Betriebe ist die Ausbildung bereits während der Ausbildung rentabel. Für die anderen lohnt sich die Qualifizierung der Fachkräfte auch, da dies ihr wichtigstes »Kapital« ist.

Sie warnen auch vor einer Verkürzung der Ausbildung.

Wenn wir über moderne berufliche Bildung reden, dann geht es auch um breitbandige Berufsbilder. Breitbandige Berufe bedeuten eine Aufwertung der Berufsausbildung. Und daher verbieten sich auch zu kurze Ausbildungszeiten. Eine qualifizierte Ausbildung ist unter drei bis vier Jahren nicht zu haben. Wenn man die Berufsausbildung zum Beispiel auf zwei Jahre verkürzt, dann schwindet die Rentabilität und die Qualität der Ausbildung leidet. Außerdem hat das nachteilige Auswirkungen auf die berufliche Identität der Auszubildenden – eine wichtige Grundlage für das berufliche Engagement.

Sie sagen, auf die Qualität der Ausbildung kommt es an. Wie kann es vermieden werden, dass sich Auszubildende mit Hilfsarbeiten beschäftigen?

Beispiel Kfz-Werkstatt: Alle Beschäftigten, ob Meister oder Auszubildende, übernehmen selbstverständlich auch einfache Arbeiten. Sie besorgen sich das passende Werkzeug, wechseln Reifen oder prüfen, ob

das Auto anspringt. Einfache Tätigkeiten gehören zu jedem Beruf, egal ob Arzt, Dachdecker oder Industriekaufmann: Ich kopiere auch gelegentlich einen Aufsatz, buche einen Flug und rechne ihn nachher ab. Ganz allgemein gilt, dass es unter den Bedingungen des internationalen Qualitätswettbewerbes einen Trend zur Höherqualifizierung der Beschäftigten gibt und der Anteil der Un- und Angelesenen stetig abnimmt.

Welche Rolle spielt staatliche Finanzierung?

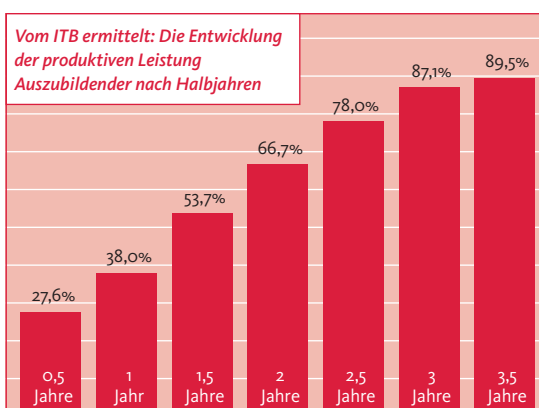
Staatliche Unterstützung ist nur sinnvoll für Maßnahmen, bei denen Betriebe unterstützt werden, die Jugendliche mit einer unzureichenden Ausbildungsreife ausbilden. Dazu zählt ein Teil der so genannten Altbewerber. Das gerade verabschiedete Programm der Bundesregierung zur Ausbildung dieser Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf zielt in diese Richtung.

Eine reguläre Ausbildung kann von den Betrieben rentabel gestaltet werden. Eine Subventionierung der Betriebe ist nicht nötig, wie unsere Untersuchung zeigt: Je höher die Qualität der Ausbildung ist, desto rentabler ist sie auch. Sogar Betriebe, in denen die Ausbildung Nettokosten verursacht, bilden trotzdem aus, weil sie den Nutzen sehen – sie betrachten dann Ausbildung als Investition. Das ist unstrittig unter allen Forschern. Das Ausbildungsverhalten kleinerer und mittlerer Unternehmen hängt i.d.R. nicht


von diesem Opportunitätsnutzen ab, sondern davon, ob die Ausbildung im Rahmen der Ausbildungszeit rentabel ist. Mir kommt es darauf an, mit solchen Studien eine rationale, offene und ehrliche Diskussion über Kosten, Nutzen und Qualität zu führen. Das schließt selbstverständlich mit ein, dass man sich um Jugendliche, die zur Risikogruppe gehören, kümmern muss.

Die duale Ausbildung als Erfolgsmodell?

Genau. In England zum Beispiel übereignet man die Qualifizierung der Beschäftigten einem Markt, reguliert wird er über ein modulares Zertifizierungssystem. Ein Ansatz, der nicht besonders leistungsfähig ist, wie alle Studien im Bereich beruflicher Innovationsforschung zeigen: Länder, die in dieser Tradition Systeme eingeführt haben, denken zunehmend darüber nach, die duale




Ausbildung zu etablieren. Ein Musterbeispiel dafür ist Australien. Dort konnte die Zahl der Auszubildenden in einem Jahrzehnt von 120.000 auf 415.000 erhöht werden. Das ist eine Ausbildungsquote von 4,1 Prozent.

Die Wiederentdeckung der dualen Ausbildung hat mit der Einsicht zu tun, dass prinzipiell jede Berufsbildung, die zur Berufsfähigkeit führt, dual organisiert werden muss. Man unterscheidet zwischen einphasiger und zweiphasiger (alternierender) Dualität. Auch bei Hochschulabsolventen gilt, dass sie im Anschluss an ihr Studium eine »Lehre« anschließen müssen, um zum Beispiel in den öffentlichen Dienst als Arzt, Lehrer oder Richter übernommen zu werden. Diese »Lehre« bezeichnet man als Referendariat. 

ITB-STUDIE

Wirtschaften im Plus

Betriebe, die gut ausbilden, machen damit in der Regel Gewinn – entgegen vieler Vorurteile ist die duale Berufsausbildung nicht die teuerste, sondern die mit Abstand kostengünstigste Form der Bildung. Sie bringt sogar im Durchschnitt einen Nettoertrag von etwa 600 Euro pro Auszubildendem pro Jahr. Zu diesem Schluss kommt Felix Rauner, Professor am Institut für ITB, in seiner aktuellen Studie »Qualität und Rentabilität der beruflichen Bildung«.

Eine Untersuchung der Universität Bern hatte bereits ähnliche Ergebnisse gezeigt. Sie hatte ergeben, dass die Arbeitgeber in der Schweiz im Jahr 2004 pro Lehrling einen »Gewinn« von mehr als 2.700 Schweizer Franken erzielten. 

Felix Rauner, Lars Heinemann: Qualität und Rentabilität der beruflichen Bildung, Bremen 2007, 72 S. Im Download: www.ibb-2010.de

Pflichten des Azubis

Teil I: Ausbildungsfremde Tätigkeiten, Fahrlässigkeit, Anweisungen: Das Verhalten am Ausbildungsplatz.

In § 13 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ist geregelt, welche Pflichten Azubis haben. Die wichtigste Pflicht des Azubis ist es, sich für seine Berufsausbildung einzusetzen und aktiv daran mitzuwirken, dass das Ausbildungsziel erreicht wird. Im Einzelnen bedeutet dies:

Aufgaben sorgfältig ausführen

Bekommt ein Azubi eine Aufgabe zugewiesen, sollte er sich bemühen, sie so gut wie möglich auszuführen. Allerdings gibt es Grenzen, Azubis dürfen nicht für alle Arbeiten eingesetzt werden: Ausbildungsfremde Tätigkeiten sind zum Beispiel verboten. Außerdem darf der Azubi nur mit Aufgaben betraut werden, denen er körperlich gewachsen ist.

Und natürlich sollte die Aufgabe dem Ausbildungsstand entsprechen – ein Azubi im ersten Lehrjahr sollte nicht mit Arbeiten betraut werden, die erst im dritten Lehrjahr vorgesehen sind.

All diese Aspekte können eine Rolle spielen, wenn dem Azubi ein Fehler unterläuft und der Ausbilder Schadensersatz fordert. Dann stellt sich die Frage, ob der Azubi grob fahrlässig, normal fahrlässig oder nur leicht fahrlässig gehandelt hat. Je nachdem muss der Azubi voll, zur Hälfte oder eben gar nicht für den Schaden aufkommen.

An Ausbildungsmaßnahmen teilnehmen

Azubis müssen von ihren Betrieben für den Besuch der Berufsschule freigestellt werden. Zu den Ausbildungsmaßnahmen zählen außerdem praxisorientierte Kurse, die von der Ausbildungsordnung oder den zuständigen Stellen vorgeschrieben werden. Fehlen Azubis bei einer Ausbildungsmaßnahme, müssen sie sich immer auch im Betrieb krankmelden, der in diesem Zeitraum die Vergütung weiterzahlt.

Anweisungen befolgen

Wenn Azubis an ihrem Ausbildungsplatz eine Anweisung erhalten, müssen sie diese befolgen. Auch bei den Anweisungen gibt es natürlich Grenzen. Immer wieder suchen Azubis bei »Dr. Azubi« Rat, die von ihrem Ausbildern Anweisung erhalten haben, wie sie auszusehen haben: Die Palette reicht

von der Aufforderung, einige Kilo abzunehmen, über Empfehlungen zum Haarschnitt bis zu konkreten Kleidervorschriften. Auch Piercings oder Tattoos können zum Problem werden, wenn sie im Ausbildungsbetrieb negativ auffallen.

In diesen Fällen gilt grundsätzlich: Auch Azubis haben ein Grundrecht auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Gleichzeitig hat der Ausbilder aber das Recht zu verlangen, dass Aussehen und Verhalten des Azubis nicht geschäftsschädigend sind. Es muss also im Einzelfall geprüft werden, welches Recht schwerer wiegt.

Regeln im Ausbildungsbetrieb beachten

Bei den Regeln im Ausbildungsbetrieb handelt es sich zunächst oft um allgemeine Verhaltensvorschriften, über die der Azubi bei der Einführung in seinen Ausbildungsplatz informiert wird. Im Verlauf der Ausbildung kommen dann wichtige Regelungen und Verbote hinzu: Der Azubi muss sich an die geltenden Sicherheits- oder auch Hygienevorschriften halten. In vielen Betrieben gibt es außerdem eine allgemeine Hausordnung, die natürlich auch für Azubis gilt, genauso wie allgemeine Alkohol- und Rauchverbote.

Gegenstände sorgfältig behandeln

Azubis tragen die Verantwortung für ihren Ausbildungsplatz und die Arbeitsgeräte dort – sofern sie in den Umgang richtig eingewiesen wurden. Sie müssen ihr Werkzeug sorgfältig behandeln und pflegen.

Schweigen ist Pflicht

Auch Azubis haben die Pflicht, Geschäftsgeheimnisse zu hüten. Diese Pflicht gilt auch nach dem Ende der Ausbildung! Geschäftsgeheimnisse sind alle Informationen, die als vertraulich angesehen werden können – von Kundendaten über Rezepte bis zu betrieblichen Plänen.

Wenn Azubis über Geschäftsgeheimnisse reden und das herauskommt, müssen sie – je nach Schaden, den sie damit verursachen – mit einer Abmahnung oder einer Kündigung rechnen. Außerdem kann der Betrieb Schadensersatz fordern, wenn der Azubi Schaden verursacht hat.

Schriftliche Ausbildungsnachweise führen

Die schriftlichen Ausbildungsnachweise haben in der dualen Ausbildung eine große Bedeutung: Sie sind der Nachweis dafür, dass die Ausbildung wirklich stattgefunden hat!

Der Azubi muss seine schriftlichen Ausbildungsnachweise regelmäßig führen. Der Ausbilder muss sie kontrollieren und kann verlangen, dass der Azubi die Ausbildungsnachweise jeweils zu einem bestimmten Termin vorlegt.

Vergisst der Azubi seine Ausbildungsnachweise zu führen oder legt sie zu spät vor, muss er mit einer Abmahnung oder sogar mit einer Kündigung rechnen, sollte dies öfter vorkommen.


Was viele Azubis nicht wissen: In den Ausbildungsordnungen vieler Berufe ist vorgeschrieben, dass das Berichtsheft während der Ausbildungszeit geführt werden darf.

Die schriftlichen Ausbildungsnachweise

können auch ein wichtiger Beweis sein. Deshalb sollte der Azubi – zumindest nach der Probezeit – immer die Wahrheit in seine schriftlichen Ausbildungsnachweise schreiben. Denn alles was hier steht, hat er offiziell auch gelernt.

Eine Befragung der DGB-Jugend unter Azubis in München ergab, dass 15 Prozent der Azubis schon einmal von ihrem Ausbilder aufgefordert worden waren, falsche Angaben in ihren schriftlichen Ausbildungsnachweisen zu machen. Dies ist natürlich vor allem dann der Fall, wenn die Ausbildung mangelhaft ist und nicht nach Ausbildungsrahmenplan verläuft.

In Extremfällen werden die Azubis fast durchgehend mit ausbildungsfremden Routinearbeiten betraut und sie notieren nichts davon in ihren schriftlichen Ausbildungsnachweisen – aus Angst, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren oder nicht zur Prüfung zugelassen zu werden.

Eine nachvollziehbare Haltung – die sich allerdings rächen kann: Wenn es zu einem Rechtsstreit zwischen Azubi und Ausbildungsbetrieb kommt. 

Literatur: Julia Müller: *Meine Rechte als Azubi. Von Ausbildungsvertrag bis Zeugnis*, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 137 S., 9,90 Euro

Teil 2 erscheint in der Soli 5-2008

Teil 2 erscheint in der Soli 5-2008



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller



Übärnahme mit Flocken

Die ver.di Jugend ist ein Aktivposten bei den Warnstreiks im öffentlichen Dienst.

Markus Kosmal ist sauer: Der 21-jährige ist Auszubildender der Gesundheits- und Krankenpflege am Klinikum Nord in Nürnberg – das reicht schon.

In den aktuellen Tarifaueinandersetzungen hat sein Arbeitgeber gedroht, die Arbeitszeiten neu zu regeln. Kosmal: »Das heißt: Längere Arbeitszeiten für die Einzelnen. Logisch, dass sich das auf die Übernahmesituation auswirkt. Denn eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet, dass weniger ausgebildete Auszubildende übernommen werden.«

Seine Gewerkschaft ver.di fordert daher eine verbindliche Regelung zur Übernahme – sowohl für die Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz als auch in den Pflegeberufen. »Und zwar unbefristet«, fordert Kosmal, »in Vollzeit, ausbildungsgerecht und wohnortnah.«

Damit die Übernahme nicht mehr die Ausnahme bleibt, sondern wieder zur Regel wird.

Die zweite Forderung: »Mehr Flocken«. Um 120 Euro soll die Azubi-Vergütung erhöht werden. Bei beiden Themen bietet es sich an, dass der Nürnberger Eisbär gleichen Namens mitstreikt: Die Aktion »Tatzen zeigen« war geboren. Flocke, eine große Stofffigur, wirbt nun medienwirksam für die »Übernahme« der Azubis im öffentlichen Dienst.

Aber nicht nur in Mittelfranken, in ganz Deutschland heißt es in diesem März 2008: Gewerkschaftsarbeit ist Warnstreik. Auch in anderen Bundesländern sind Azubis wie auch ihre KollegInnen in den Ausstand getreten, um sich gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Über 100.000 Menschen waren in Warnstreiks aktiv – darunter Azubis aus Kommunalverwaltungen, Kindertagesstätten, Straßenmeistereien, von Stadtwerken und sogar von der Agentur für Arbeit. Und aus dem Einzelhandel, denn auch dort stocken die Verhandlungen. So beteiligten sich über 500 VerkäuferInnen an Arbeitsniederlegungen.

»Die Streikbeteiligung der Azubis ist hoch«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff. Die Jugendforderungen sei-

en anerkannt bei den übrigen Beschäftigten: »Die Übernahme ist unsere Kernforderung – weil es um die Zukunft geht. Da gibt es viel Verständnis von den anderen Beschäftigten und in der Bevölkerung«, sagt Bischoff.

Übrigens: Immer wieder versuchen AusbilderInnen und Chefs Auszubildende mit der Behauptung einzuschüchtern, sie dürften sich an Arbeitskämpfen nicht beteiligen. Das ist aber nicht wahr: Auszubildende können an Arbeitskampfmaßnahmen unabhängig von ihrer Dauer teilnehmen, wenn sie durch ihre Gewerkschaft dazu aufgerufen werden.

Wer bestreitet, dass Auszubildende streiken dürfen, verwehrt ihnen das Grundrecht nach Artikel 9, Abs. 3 Grundgesetz: Demnach wird jeder Person das Recht eingeräumt, zur Wahrung und Förderung der



ver.di Jugend: »Tatzen zeigen« im Arbeitskampf

Foto: ver.di Jugend

Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Das heißt: Auch Auszubildende dürfen sich für eine gerechte Bezahlung und bessere Ausbildungsbedingungen einsetzen.

Ausbildungsvergütungen können durch Tarifvertrag geregelt werden. Deshalb müssen Auszubildende auch die Möglichkeit haben, über die Gewerkschaft auf die Ausbildungsbedingungen Einfluss zu nehmen. Was tarifvertraglich regelbar ist, muss letztlich auch durch den Arbeitskampf durchgesetzt werden können. [S](#)

Infos: <http://tarif-oed.verdi.de/>

STUDIERENDE

Rabiate Aktionen

Leihmutter werden: Proteste gegen Studiengebühren bringen neuen Protest!

»Einen Staat, in dem der Reichtum der Eltern über die Zukunft des Kindes entscheidet, empfinden wir als menschenunwürdig« – dies steht als Motto auf der Internetseite »Studentenbaby.de«.

Die InitiatorInnen sind eine Gruppe von Studierenden aus Hamburg, die diese satirische Plattform geschaffen haben, »um studentische Leihmütter und Samenspender zu vermitteln«.

Protest kann manchmal verrückte Blüten treiben – wie ernst er in diesem Fall gemeint war, mag jeder selbst entscheiden. Über mangelnde Reaktionen können sich die Hamburger jedenfalls nicht beschweren: Nach Tausenden von entrüsteten Protestmails haben die Studis ihr Projekt erstmal auf Eis legen müssen. [S](#)

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

Am 3. April 2008 veranstaltet die **DGB-Jugend NRW** wieder ihren »Wandertag«. Ziel ist das Düsseldorfer Rathaus. Warum wird gewandert? Die DGB-Jugend will darauf aufmerksam machen, dass die vielen neuen Ausbildungsplätze zur Hälfte staatlich finanziert sind. (www.dgb-jugend-nrw.de)

Die **DGB-Jugend Nord** gibt in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage einen neuen Konzeptordner raus. Dieser richtet sich vor allem an LehrerInnen, ist aber auch für die Verwendung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit geeignet. (www.dgb-jugend-nord.de)

Die **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** hat ihren Ausbildungsreport veröffentlicht (<http://jugend.berlin-brandenburg.dgb.de>)

Die Bundeskonferenz der **jungen NGG** findet vom 18. bis 20. April 2008 in Gladenbach unter dem Motto »Ohne dich fehlt uns was« statt. 120 Delegierte und Gäste werden erwartet. (www.junge-ngg.net) [S](#)

WEBTIPP DES MONATS

»Streik.TV« – so heißt die neue »Sendung zur Arbeit«: Die Gewerkschaft ver.di hat mit dem Beginn der Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst einen eigenen Fernsehkanal im Internet gegründet. Als Pilot-Projekt soll er die Auseinandersetzungen in der Tarifrunde 2008 begleiten.

Aber nicht nur das: »Streik.TV« soll das Format für gewerkschaftsrelevante Themen sein. Ein Team aus erfahrenen Fernsehleuten, die zuvor unter anderem für das ARD-Magazin »Polylux« gearbeitet haben, reagiert tagesaktuell auf die neuesten Entwicklungen: »Dicht an den handelnden Personen, kompetent und immer meinungsstark«, wie ver.di mitteilt.

Dazu gibt's Features über historische Ereignisse, Hintergrundgeschichten und Porträts rund ums Thema Gewerkschaftsarbeit.

www.streik.tv

+ Teilzeit-Azubis: Die seit 2005 existierende Berufsausbildung in Teilzeit bietet jungen Eltern und in Pflege eingebundenen Menschen die Chance, Ausbildung und Familie miteinander zu vereinbaren.

Hat's geklappt? Das Buch »Teilzeitausbildung« trägt Ergebnisse und Erfahrungen bislang durchgeführter Projekte zusammen.

Verena Albert u.a. (Hg.): Teilzeitberufsausbildung. Für junge Eltern ohne Berufsabschluss, Schneider, Hohengehren 2007, 144 S., 15 Euro



+ Video: Thema Rauschmiss – Georg Komann (Herbert Knaup) und seinen Kollegen wird in dem Film »15 Minuten Wahrheit« völlig überraschend und ohne angemessene Entschädigung von ihrem Arbeitgeber gekündigt. Komann schmiedet einen riskanten Plan,

mit dem er sich und seinen Freunden die Zukunft sichern könnte.

»15 Minuten Wahrheit«, D 2007. R: Nico Zimmermann. Zu bestellen auf www.filmwerk.de

+ Sammelband »Gute Arbeit«:

Arbeit, die weder krank noch arm oder verrückt macht, ist machbar. IG Metall haben seit 2004 mit Betriebspraktikern, Expertinnen und Wissenschaftlern diskutiert, wie das geht.

IG Metall-Projekt Gute Arbeit (Hg.): Handbuch »Gute Arbeit«. Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 352 S., 19,80 Euro

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:

jkiontke@web.de

Internet:

www.dgb-jugend.de

Druck:

PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:

Jürgen Kiontke

Grafik:

Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:

Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.



+ Theatertreffen der Gewerkschaften: Insgesamt 234 Veranstaltungen aus den Bereichen Theater, Kabarett, Musik und Lesung werden während der Ruhrfestspiele des DGB in Recklinghausen aufgeführt. Prominente Darsteller sind dieses Jahr Kevin Spacey (»American Beauty«) und Jeff Goldblum (»Jurassic Park«).

1. Mai bis 15. Juni 2008. Ruhrfestspiele Recklinghausen. www.ruhrfestspiele.de

DGB-JUGEND – SEMINARE

Geschlechtsspezifische Bildungsarbeit: Alle Studien der letzten Jahre besagen: Junge Männer aus »bildungsfernen Schichten« können ganz schön anstrengend sein – neudeutsch: Sie sind eine Problemgruppe. Bei Fernsehkonsum, Trinken und Ausbildungsabbrüchen sind sie jedenfalls unschlagbar. In dieser Fortbildung geht's darum, Einblicke in die Lebenslagen junger Männer zu gewinnen und geschlechtsspezifische Methoden für die Bildungsarbeit zu erproben. Für Frauen und Männer.

16. bis 18. Mai 2008. DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Buchungscode: GEN 608268702

Hablamos Español: Spanischkurs und Seminar für GewerkschafterInnen. Einer Globalisierung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit stehen oftmals noch sprachliche Barrieren entgegen. Der Spanischkurs für AnfängerInnen ist ein erster Einstieg für haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen zum Erlernen dieser Fremdsprache. Mit Workshops, Betriebsbesichtigungen und Diskussionen mit spanischen KollegInnen. Achtung: Anmeldeschluss ist der 1. April 2008.

*22. Juni bis 5. Juli 2008. Barcelona. Buchungscode: SPA 608278745
Anmeldung: www.dgb-jugendbildung.de*

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	